

# Zur Verknüpfung von Berufsbildung und Hochschulbildung. Reformen in Deutschland, Österreich und der Schweiz

*Rita Nikolai und Christian Ebner*

## A. Einleitung

Als Teil der Ländergruppe kollektivistischer Ausbildungsregime qualifizieren Deutschland, Österreich und die Schweiz ihre Arbeitskräfte traditionell zu einem hohen Anteil im Rahmen einer dualen Berufsausbildung (Busemeyer 2009 a; Culpepper/Thelen 2008; Trampusch 2010 b). Die Akademikeranteile sind in diesen Ländern dagegen im internationalen Vergleich gering (OECD 2010). Der Facharbeiter gilt seit jeher als Rückhalt der „diversifizierten Qualitätsproduktion“ (Streeck 1991). Das Hochschulwesen und die Berufsbildung sind von ihren Anfängen her unterschiedlichen institutionellen Entwicklungspfaden gefolgt. Die Segmentierung des beruflichen Bildungswesens, des allgemeinbildenden Schulwesens und der Hochschulbildung wurde in der Schweiz, Österreich und Deutschland schon im 19. Jahrhundert angelegt (Baethge 2006; Gonon 1994; Greinert 1999). Martin Baethge spricht für Deutschland von einer dauerhaften, wechselseitigen Abschottung von Bildungsbereichen gegeneinander, gar von einem „Bildungsschisma“ (Baethge 2010). Die Entwicklung von Universitäten und Fachhochschulen vollzog sich in den drei Untersuchungsländern abseits von Industrialisierung und praktischem Gewerbe, die Berufsbildung ihrerseits entwickelte sich abseits der Institution der akademischen Bildung (Gonon 1994; Greinert 1999). Eine abgeschlossene berufliche Ausbildung berechtigte traditionell nicht zum Hochschulbesuch. Doch sind Berufs- und Hochschulbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz heute noch strikt voneinander getrennte Bereiche?

Die Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung ist mittlerweile ein breit diskutiertes Thema – national wie auch im europäischen Kontext. Durchlässigkeit steht dabei nicht nur in Einklang mit dem Konzept Lebenslangen Lernens (Jakobi/Rusconi 2009). Eine höhere Durchlässigkeit soll auch dem zunehmenden Bedarf an Akademikern Rechnung tragen, wie er sich aus dem Trend hin zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie ergibt (Esping-Andersen 1999; Iversen/Wren 1998). Industrie und praktisches Gewerbe benötigten über lange Zeit kaum akademische Qualifikationen, um ihren unmittelbaren Bedarf zu stillen. Der demografische Wandel, ein steigender Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften, die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Bildungsraumes, aber auch die Bedeutung hochschulischer Bildung für den Erhalt und Ausbau wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands haben jedoch dazu beigetragen, dass das Thema Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung breit diskutiert wird.

Der vorliegende Beitrag zeigt, dass in Deutschland, Österreich und der Schweiz Berufs- und Hochschulbildung unterschiedlich miteinander verzahnt sind. Die Schweiz und Österreich haben in den letzten Jahren doppelqualifizierende Abschlüsse eingeführt. In der Schweiz wurde 1994 (*Berufsmatura*) und in Österreich 2008 (*Lehre mit Abitur*) die Möglichkeit eröffnet, mit dem Abschluss der dualen Berufsausbildung auch gleichzeitig eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. Deutschland wählte 2009 einen alternativen Weg, um das duale Ausbildungssystem mit dem Hochschulbereich zu verbinden: über die Anrechnung von beruflichen Kompetenzen beim Hochschulzugang.<sup>1</sup>

Diese unterschiedliche Ausgestaltung der Verknüpfung von Berufs- und Hochschulbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist erklärungsbedürftig. Im vorliegenden Beitrag analysieren wir, warum Deutschland, Österreich und die Schweiz unterschiedliche Wege zur institutionellen Verzahnung der Bildungsbereiche duale Berufsausbildung und Hochschule gewählt haben. Der Varieties of Capitalism (VoC)-Ansatz stellt die besondere Bedeutung von Firmen als Treiber und Initiatoren institutionellen Wandels im Berufsbildungssystem heraus (Estévez-Abe 2001; Hall/Soskice 2001: 6). Der Blick ist dabei insbesondere auf unterschiedliche Firmeninteressen gerichtet (Busemeyer 2009 b; Culpepper 2007; Thelen 2004; Trampusch 2010 b). Dieser Forschungslinie folgend, berücksichtigen wir in unserem Beitrag Präferenzen und Strategien von Unternehmen und ihren Verbänden. In Anlehnung an Pepper Culpepper (2007) fragen wir auch danach, ob in der Wahl unterschiedlicher Wege zur Durchlässigkeit kleine und mittelständische Unternehmen sowie große Unternehmen unterschiedliche Policy-Positionen einnehmen. Zur Beantwortung unserer Frage rekonstruieren wir die politischen Prozesse zur Einführung von Doppelqualifikationen in der Schweiz und Österreich sowie des alternativen Weges in Deutschland. Hierbei können wir zeigen, dass die Interessen von Unternehmen und ihren Verbänden weniger durch die Spaltung des Arbeitgeberlagers in große und kleine Unternehmen, sondern vielmehr durch Prozesse im Bildungssystem beeinflusst werden. Zentrale Parameter sind hierbei aus Sicht der Unternehmen, erstens, die Vorbildung der Auszubildenden und zweitens, das Verhältnis des dualen Systems zur Gymnasialbildung und der vollzeitschulischen Berufsausbildung.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst stellen wir den theoretischen Analyserahmen vor, mit dessen Hilfe der beobachtete Unterschied zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz erklärt werden soll (Abschnitt 2). Anschließend diskutieren wir entlang dreier analytischer Narrationen, inwieweit die landesspezifische Einbettung des dualen Ausbildungssystems in das Bildungssystem die Interessen und Präferenzen von Unternehmen in den drei untersuchten Ländern beeinflusst (Abschnitt 3). Unsere Analysen stützen sich auf Auswertungen von statistischen Daten, offiziellen Dokumenten und Sekundärliteratur. Zudem haben wir mit Vertretern aus der Bildungsforschung (BF) und von Arbeitgeberorganisationen (AG) im Zeitraum

1 Zu den theoretisch-institutionellen Möglichkeiten Berufs- und Hochschulbildung zu verknüpfen siehe Ebner et al. (i.E.) und Ebner/Nikolai (2012).

Juli bis September 2010 Hintergrundgespräche geführt.<sup>2</sup> Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und einem Ausblick (Abschnitt 4).

## B. Theoretischer Analyserahmen und Hypothesen

Dem VoC-Ansatz zufolge kommt Unternehmen in der Berufsbildungspolitik eine besondere Rolle zu (Hall/Soskice 2001). Neben den Unternehmen können aber auch Gewerkschaften und staatliche Akteure institutionellen Wandel im Berufsbildungswesen fördern oder behindern. Spezifische Akteurskonstellationen, Interessen der Akteure und institutionelle Arrangements beeinflussen hierbei den Verlauf und das Ergebnis von Entscheidungsprozessen in der Berufsbildungspolitik (Busemeyer 2009 b; Ebner/Nikolai 2010; Trampusch 2010 b).

Wir wollen in diesem Beitrag dennoch vor allem die Interessenslage speziell der Unternehmen betrachten. Von Interesse ist dabei, welche Policy-Positionen Unternehmen und ihre Verbände hinsichtlich unterschiedlicher Wege zur Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz einnehmen. Der VoC-Perspektive zufolge, unterscheiden sich die Interessen von Unternehmen nach Firmengröße (Busemeyer 2009 b; Culpepper 2007; Thelen 2004; Trampusch 2010 b). Kleine Firmen sind kostensensibler als große Firmen und bevorzugen daher eine Ausbildung, die vor allem firmenspezifisch, also auf ihren Bedarf ausgerichtet ist. Große Firmen sind weniger kostensensibel, konkurrieren verstärkt auf internationalen Märkten und sind daher auch in höherem Maß daran interessiert, in ihrer Belegschaft allgemeine Fähigkeiten zu sichern (Culpepper 2007: 616). Generell bleibt jedoch festzuhalten, dass sowohl kleine wie große Firmen an einer beruflichen Ausbildung interessiert sind, da sie anders als im Hochschulbereich eine berufliche Ausbildung nach ihren Bedürfnissen mitgestalten können.

Der Strukturwandel hin zu wissensintensiven Sektoren und vor allem die Wissensintensivierung innerhalb der Sektoren bewirkt eine starke Zusatznachfrage nach Akademikern europaweit. Die Nachfrage nach Akademikern steigt nach Projektionen hierbei deutlich stärker als die Gesamtbeschäftigung und als die Nachfrage nach Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung im Sekundarbereich II (EFI 2009: 31, 110). Unternehmen haben daher auch Interesse daran, dass für beruflich qualifizierte Mitarbeiter die Möglichkeit einer Weiterbildung an der Hochschule gegeben ist. Eine stärkere Verzahnung von Berufsbildungs- und Hochschulsystem kann dies gewährleisten. Doch sollte diese Verbindung zwischen Berufsbildungs- und Hochschulsystem am besten über das Bildungssystem (Doppelqualifikation) oder über den Beruf (Anrechnung beruflicher Kompetenzen) geschaffen werden? Die Präferenzen der Unternehmen für den einen oder anderen Weg erklären sich unserer Annahme zufolge nicht nur durch die Spaltung des Arbeitgeberlagers in kleine und große Unternehmen. Vielmehr sind die Präferenzen von Unternehmen in der Einbettung der dualen Ausbildung in den Gesamtbildungskontext begründet. Wir nehmen den Vor-

2 Auf Wunsch der Interviewpartner werden die Interviews in codierter Form zitiert.

schlag von Justin J.W. Powell und Heike Solga auf, bei der Analyse von Veränderungsprozessen und -dynamiken von Bildungssystemen stärker nationale Bildungsstrukturen und Querverbindungen zwischen dualer Berufsausbildung und anderen Bildungsbereichen zu berücksichtigen (Powell/Solga 2010). Analysen zur Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre zeigen, dass ein verändertes Bildungsverhalten von Jugendlichen auch Reformen im Bildungswesen zur Folge hat (Müller 1998; Nath 2003). Das veränderte Wahlverhalten Jugendlicher in Richtung Höherqualifizierung führt nicht nur zu Reformen im allgemeinbildenden Schul- und Hochschulbereich, sondern beeinflusst unserer Annahme zufolge auch institutionelle Veränderungen im Berufsbildungsbereich. Positionen und auch Positionsverschiebungen von Unternehmen sind hierbei als Reaktion auf Veränderungen im Ausbildungsverhalten von Jugendlichen zu verstehen.

Unsere zentralen Annahmen sind hierbei Folgende: Ist die Vorbildung der Jugendlichen, die eine Lehre im dualen System beginnen gering, weil erstens qualifizierte Jugendliche andere Ausbildungen wählen (Gymnasium bzw. vollzeitschulische Berufsausbildung) oder weil zweitens Jugendliche mit einer Hochschulzugangsberechtigung keine Lehre anfangen, dann sind Unternehmen daran interessiert, die duale Ausbildung über eine Doppelqualifizierung für qualifizierte Jugendliche attraktiv zu machen.

Ist die Vorbildung der Jugendlichen, die eine Ausbildung im dualen System beginnen gut bzw. gibt es bereits einen hohen Anteil von Jugendlichen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben, ist für Unternehmen eine Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung nicht vonnöten. Vielmehr sind Unternehmen daran interessiert eine höhere Durchlässigkeit an die Hochschule über die Anrechnung von beruflichen Kompetenzen zu erreichen und damit und damit Berufsabsolventen auch ohne Abitur den Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen.

In vertiefenden Fallstudien wollen wir nun mithilfe analytischer Narrationen die Positionen der Unternehmen und ihrer Verbände in Deutschland, Österreich und der Schweiz untersuchen.

### C. Fallstudien: Die Einbettung des dualen Systems und die politischen Positionen der Arbeitgeber

Wir blicken nun auf Entscheidungen, die für das institutionelle Zusammenspiel von beruflicher Ausbildung und Bildungssystem in Deutschland, Österreich und der Schweiz bedeutsam sind. Während die Schweiz (1994) und Österreich (2008) doppelqualifizierende Abschlüsse einführten, setzt Deutschland heute auf die Anrechnung beruflicher Kompetenzen, um Durchlässigkeit zwischen Berufsbildungssystem und Hochschulsystem zu schaffen. Welche Interessen hatten Unternehmen und ihre Verbände bei der Schaffung von Verbindungen zwischen dualer Berufsausbildung und Hochschulbereich? Wie beeinflusst die institutionelle Einbettung des dualen Systems in das Gesamtbildungssystem die Präferenzen der Unternehmen und ihrer Verbände in Richtung des einen oder anderen Weges?

## I. Schweiz

Die Schweiz führte 1994 als doppelqualifizierenden Abschluss die *Berufsmaturität* ein. Lehrlinge können diesen Abschluss und damit die Fachhochschulzugangsberechtigung mit dem Besuch von zusätzlichen Lektionen neben dem Berufsschulunterricht bereits während der Lehre erhalten. Auch nach Lehrabschluss ist es möglich, die Berufsmaturität berufsbegleitend oder während eines Jahres Vollzeitunterrichts zu absolvieren.<sup>3</sup> Die Schweiz konfrontiert uns hier mit dem Puzzle, wie sich in einer Volkswirtschaft, die von kleinen und mittelständischen Unternehmen dominiert wird, die Idee eines doppelqualifizierenden Abschlusses und damit die Hinwendung zu allgemeinen, firmenübergreifenden Fähigkeiten, durchsetzen konnte.

Die Einführung der Berufsmaturität 1994 und der Fachhochschulen 1997 wurde vor allem seitens administrativer Eliten und den Höheren Fachschulen vorangetrieben (Gonon 1994). Im Zuge der Europäisierung der Hochschulpolitik hatten die Höheren Fachschulen Interesse an einer Statusaufwertung ihrer Institutionen als Fachhochschulen. Als Zugangsberechtigung für die Fachhochschulen wurde die Berufsmaturität konzipiert. Die Verbände in der Berufsbildung aus gewerblichen, industriellen und gewerkschaftlichen Kreisen nahmen in der Diskussion zur Einführung der Berufsmaturität anfangs eine eher passive Haltung ein und wurden erst im Gesetzgebungsverfahren aktiv (Kiener/Gonon 1998: 30). Die Wirtschaftsverbände votierten nicht gegen die Idee der Berufsmaturität, obwohl die Berufsmaturität für die Unternehmen zur Folge hatte, dass die Lehrlinge an einem zusätzlichen Tag im Unternehmen fehlten (Interview AG-1). Die Einführung der Berufsmaturität haben sowohl Vertreter kleiner und mittelständischer sowie großer Unternehmen aus zwei Gründen begrüßt, die mit der spezifischen Einbettung des Schweizer dualen Systems in den Gesamtbildungskontext zu tun haben.

Erstens beginnen in der Schweiz, anders als etwa in Deutschland, Personen mit Hochschulzugangsberechtigung (Maturität) nur sehr selten eine Lehre, sondern gehen direkt an die Universität. Dies lässt sich anhand der TREE-Studie (Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben), einer als Panel angelegten Befragung, beurteilen (Hupka-Brunner et al. 2010).<sup>4</sup> Die Vorbildung der Lehrlinge ist damit formal betrachtet geringer als zum Beispiel in Deutschland.

Zweitens stand die duale Berufsausbildung seit Ende der 1980er Jahre in zunehmender Konkurrenz zu Gymnasien (Gonon 2001: 75; Kiener/Gonon 1998: 54). Der Anteil von Schülern an Gymnasien ist in der Schweiz zwar 2008 mit 22% im Vergleich zum dualen System gering, doch lässt sich seit den 1980er Jahren eine stetige Expansion des gymnasialen Bildungswesens feststellen (BFS 2010 a). So stiegen die Anfängerquoten an Schulen, die im Sekundarbereich II zum Abitur hinführen, Mitte der

3 Rund zwei Drittel der Berufsmaturitäten sind lehrbegleitend, ein Drittel als Vollzeitausbildung nach der Lehre (BFS 2010 c). Seit 2005 können Inhaber der Berufsmaturität über eine Ergänzungsprüfung (*Passerelle*) auch die Zulassung zu allen Studienrichtungen der schweizerischen Universitäten erwerben.

4 Amtliche Daten des Bundesamtes für Statistik zur Vorbildung von Lehrlingsanfängern gibt es für die Schweiz nicht.

1980er Jahre von 17% (1985) auf 22% (1993). Im gleichen Zeitraum sanken die Anfängerquoten im Bereich der Berufsbildung von 89% (1985) auf 80% (1993) (Borkowsky/Gonon 1998: 357). Immer mehr Jugendliche entschieden sich also für Ausbildungswege, die direkt zum Abitur führen. Dadurch verringerte sich das Angebot an qualifizierten Jugendlichen auf dem Lehrstellenmarkt (Mühlemann/Wolter 2007; SKBF 2010: 144), was nicht zuletzt zu einem Rückgang der Ausbildungsbeteiligung von Unternehmen von 25% (1985) auf 16% (1995) führte (Müller/Schweri 2006: 30). Aus Sicht der Unternehmen blieben zu viele gute Schüler und Schülerinnen der Berufsausbildung fern (Interview AG-1).

Durch die Schaffung von doppelqualifizierenden Abschlüssen sollte die berufliche Bildung auch für sehr gut qualifizierte Jugendliche mit höheren Bildungsaspirationen attraktiv bleiben (Gonon 2001: 75; Kiener/Gonon 1998: 54). Vor allem die Interessenvertretungen großer Unternehmen begrüßten die Einführung eines doppelqualifizierenden Abschlusses (Culpepper 2007: S. 630; Trampusch 2010 a: 196). Sowohl der *Schweizerische Arbeitgeberverband* als auch der *Vorort* (seit 2000 *economiesuisse*) erhofften sich durch die Reform wieder mehr gut qualifizierte Bewerber für die Berufsbildung zu gewinnen und den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften zu befriedigen (Interview AG-1, AG-2). Auch der *Schweizerische Gewerbeverband* (SGV) als Vertretung kleiner und mittelständischer Betriebe begrüßte die Reform. Für den SGV war die Berufsmaturität in einer 1994 formulierten Stellungnahme ein erster Schritt in Richtung einer „Gleichwertigkeit von Berufslehre und rein schulischer Ausbildung sowie die Gleichbehandlung von beruflicher und akademischer Weiterbildung“ (zitiert nach Davatz-Höchner/Ochsenbein 2008: 273).<sup>5</sup> Der SGV begrüßte die Einführung der Berufsmaturität nicht nur um die berufliche Ausbildung generell attraktiver zu machen, sondern auch um ihren Absolventen und Absolventinnen zusätzliche Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten (Interview AG-1).

Die Meinungen im Arbeitgeberlager nach Einführung der Berufsmaturität waren geteilt. Während die Vertreterorganisationen der Arbeitgeber die Einführung der Berufsmaturität begrüßten, nahmen kleinere und mittelständische Unternehmen selbst eher eine skeptische Haltung ein. Als Schwäche des doppelqualifizierenden Abschlusses wurde die längere Abwesenheit der Lehrlinge vom Arbeitsplatz angesehen (Martin-Jahncke 1998). Eine breite Anerkennung genießt die Berufsmaturität dagegen bei großen Firmen (Geser 1999, 2001). Jedoch handelt es sich hierbei um Betriebsbefragungen zu einem frühen Stadium der Berufsmaturität. Befragungen, die mit mehr zeitlichem Abstand zur Einführung der Berufsmaturität die Erfahrungen der Betriebe widerspiegeln, stehen noch aus.

Die Einführung der Berufsmaturität wird von bildungspolitischen Akteuren als Erfolgsgeschichte charakterisiert (BBT 2010; BFS 2004) und habe aus Sicht der Unternehmensverbände dazu beigetragen, dass die Berufsausbildung im dualen System bei Schulabgängern wieder an Attraktivität gewonnen hat (Interview AG-1). Zusammen-

5 In seinem Jahresbericht 1994 beklagte der SGV zudem „das immer noch geringe Sozialprestige der gewerblichen und industriellen Berufe gegenüber einer akademischen Ausbildung. Er [Der SGV] unterstützt deshalb in erster Linie jene Reformvorschläge, welche zur Attraktivitätssteigerung der Berufslehre (...) beitragen.“ (SGV 1994.).

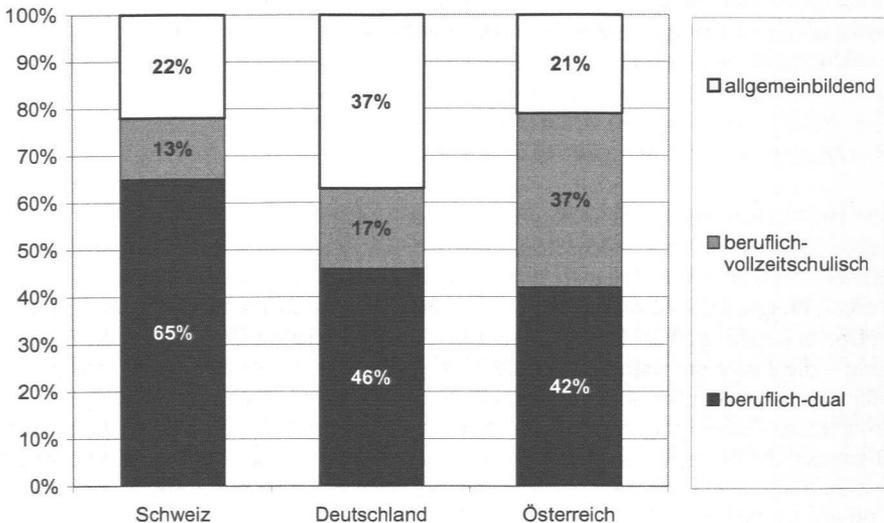
fassend können wir für die Schweiz feststellen, dass die Reform nicht seitens der Unternehmensvertretungen initiiert wurde, sondern von Höheren Fachschulen und administrativen Eliten. Wenn auch keinen aktiven Part einnehmend, begrüßten Unternehmensvertreter die Berufsmaturität, da sie aufgrund der Vorbildung ihrer Lehrlinge und Konkurrenz mit dem Gymnasium um die Attraktivität der Berufsbildung fürchteten.

## II. Österreich

Seit 1997 haben Absolventen einer dualen Berufsausbildung in Österreich die Möglichkeit, eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Verschiedene Bildungseinrichtungen bieten die dafür notwendigen und kostenpflichtigen Kurse zur Vorbereitung auf die Abschlussprüfung an. Die *Berufsmatura* berechtigt zum Studium an Universitäten und Fachhochschulen. Ein wirklich doppelqualifizierender Bildungsgang – die *Lehre mit Matura* – wurde 2008 geschaffen. Lehrlinge können nun auch während ihrer Berufsausbildung die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung in kostenlosen Teilprüfungen erwerben. Ähnlich wie in der Schweiz stellt sich auch für Österreich die Frage, warum in einer Volkswirtschaft, die von kleinen und mittelständischen Unternehmen dominiert wird, der Weg hin zu einem doppelqualifizierenden Abschluss eingeschlagen wurde.

Sowohl die Einführung der *Berufsmatura* als auch der *Lehre mit Matura* hatten zum Ziel, die duale Ausbildung noch attraktiver für Jugendliche zu machen (Steiner/Lassnigg 2000; Interview AG-3). Ähnlich wie in der Schweiz war auch in Österreich die Vorbildung der Lehrlinge Auslöser für Reformen. Betriebe beklagten in den 1990er Jahren häufig Schwierigkeiten zu haben, geeignete Lehrlinge zu finden. In Österreich ist es noch immer nicht üblich, dass Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung eine Lehre beginnen: Nur 0,2% der Anfänger im dualen Ausbildungssystem verfügt über eine Hochschulzugangsberechtigung (Statistik Austria 2010 a).

Abbildung 4: Schüler und Schülerinnen im 1. Schuljahrgang des Sekundarbereich II, 2008



Quellen: (BFS 2010 b; Statistik Austria 2010 b; StBa 2010).

Während in der Schweiz zudem die Konkurrenz zum allgemeinbildenden Schulwesen Auslöser zur Einrichtung von doppelqualifizierenden Abschlüssen war, kam in Österreich die Konkurrenz zur vollzeitschulischen Berufsausbildung als Reformimpuls zum Tragen. Aufgrund ihrer starken Expansion in den 1970er und 1980er Jahren ist die vollzeitschulische Berufsausbildung dem dualen System mittlerweile fast ebenbürtig (Ebner/Nikolai 2010): 2008 begannen 42% der Anfänger im Sekundarbereich II eine duale Ausbildung, jedoch 37% eine vollzeitschulische Berufsausbildung (vgl. Abbildung 4). Zu unterscheiden sind dabei grundsätzlich zwei Typen: die *Berufsbildenden Mittleren Schulen* (BMS) meist dreijähriger Dauer und die *Berufsbildenden Höheren Schulen* (BHS) fünfjähriger Dauer, die nicht nur einen beruflichen Abschluss, sondern auch eine Hochschulzugangsberechtigung verleihen (Dorninger et al. 2007: 28 f.). Aufgrund ihrer Doppelqualifikation sind die BHS besonders populär (Lassnigg 2004; Schneeberger 2007). Da in Österreich Schüler und Schülerinnen mit besseren Schulleistungen nach der Sekundarstufe I nicht unbedingt nur die *Allgemeinbildenden Höheren Schulen* (AHS) besuchen, sondern vor allem auch die BHS, hat dies auch zur Folge, dass sich das österreichische duale Ausbildungssystem zu einem Auffangbecken für Schüler und Schülerinnen mit schlechteren Leistungen entwickelte (Interview AG-3, BF-2). Die Lehre wurde zunehmend als "Restausbildung" angesehen. Gerade überdurchschnittlich begabte Jugendliche hätten sich oft gegen eine Lehre entschieden und Ausbildungswege an AHS und BHS vorgezogen, da diese eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln (Interview BF-2).

Sowohl die *Wirtschaftskammer Österreich* (WKO), die aufgrund der österreichischen Wirtschaftsstruktur vor allem von kleinen und mittelständischen Unternehmen dominiert wird, als auch die *Industriellenvereinigung* als Interessenvertretung der österreichischen Industrie setzten sich für die Berufsreifeprüfung ein (Interview AG-3, AG-4). Die Konkurrenz zur vollzeitschulischen Berufsausbildung und die Sorge um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel waren für die Unternehmen Grund, sich im Rahmen der Sozialpartnerschaft für Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung einzusetzen. Mit 1. September 1997 trat in Österreich das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung in Kraft – ein Gesetz, das über einen Initiativantrag der Bildungssprecher der Regierungsparteien SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) auf Betreiben der Sozialpartner zustande kam (Trampusch 2009).

Um die duale Berufsausbildung noch attraktiver zu gestalten, haben sich die Unternehmensverbände für eine weitere Reform eingesetzt: die *Lehre mit Matura*. Die Möglichkeit im Anschluss an die Berufsausbildung über die Berufsreifeprüfung eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen, hat den Nachteil, dass junge Menschen im Vergleich zur AHS oder BHS erst mit zeitlicher Verzögerung eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen können. Für qualifizierte Jugendliche sind die AHS und die BHS damit nach wie vor sehr attraktiv, da sie im Vergleich zur dualen Berufsausbildung kürzere Bildungswege zur Hochschulreife ermöglichen. Zudem müssen die Lehrabsolventen die Kosten der Berufsreifeprüfung selbst tragen. Nur ein relativ geringer Teil der Absolventen des dualen Systems absolviert bislang die Berufsreifeprüfung (Klimmer/Schlögl 2009).<sup>6</sup> Auf Initiative der Unternehmensverbände wurde daher 2008 die *Lehre mit Matura* eingeführt. Vor allem die WKO setzte sich für eine weitere Reform der Abschlussmöglichkeiten ein (Interview AG-3, BF-2). Mit ihr erhoffen sich die Unternehmensverbände mehr qualifizierte Jugendliche für die duale Berufsausbildung zu motivieren und ein weiteres Abwandern der Jugendlichen zu den BHS zu verhindern.

Inwieweit die Reformen *Berufsmatura* und *Lehre mit Matura* die Attraktivität der dualen Berufsausbildung steigern konnten, steht einer Evaluierung noch aus. Zahlen zur Lehrlingsentwicklung und Einschätzungen der Unternehmensverbände weisen jedoch darauf hin, dass die Berufsreifeprüfung neben anderen politischen Maßnahmen (Dormmayr/Wieser 2010) zumindest zu einer Stabilisierung der Lehrlingszahlen beitragen konnte.

Zusammenfassend können wir für Österreich feststellen, dass die mangelnde Attraktivität der dualen Berufsausbildung für qualifizierte Jugendliche sowohl für Vertreter großer als auch kleiner Unternehmen Beweggrund war, für Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung einzutreten. Lange Zeit zogen es gerade junge Menschen mit

6 Zudem zeigen bisherige Evaluationsstudien zur Umsetzung der Berufsreifeprüfung, dass kleine Unternehmen in Österreich der Berufsreifeprüfung skeptisch gegenüberstehen. So fürchten kleine Unternehmen ihre Mitarbeiter nach Ablegen der Berufsreifeprüfung an andere Betriebe mit besseren Karrierechancen zu verlieren (Klimmer 2008: 126). Es zeigt sich jedoch, dass diese Befürchtung nicht unbedingt begründet ist: nur rund ein Drittel der Absolventen der Berufsreifeprüfung hat bislang den Arbeitgeber gewechselt.

guten schulischen Leistungen vor, eine Ausbildung an einer beruflichen Vollzeitschule, insbesondere der BHS, zu absolvieren. Unternehmensverbände sahen in der Berufsreifeprüfung und später in der Lehre mit Matura ein geeignetes Instrument um das duale System für qualifizierte Jugendliche wieder als attraktive Option zu eröffnen und damit das System zu stabilisieren.

### *III. Deutschland*

In Deutschland existiert anders als in Österreich oder der Schweiz keine landesweite Möglichkeit zum simultanen Erwerb eines Berufsabschlusses und einer Hochschulzugangsberechtigung. Dabei kennt das deutsche Bildungssystem die Möglichkeiten einer Doppelqualifikation. In der Deutschen Demokratischen Republik war die Berufsausbildung mit Abitur ein seit 1959 bestehender Bildungsweg, der sowohl einen Berufsabschluss als auch eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung vermittelte. Ähnlich wie in der Schweiz und Österreich handelte es sich um einen Bildungsgang, der Allgemeinbildung und berufliche Bildung miteinander verknüpfte. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde die Möglichkeit der Doppelqualifizierung von Gewerkschaften und Sozialdemokraten als erhaltenswert erachtet. Da aber der doppelqualifizierende Bildungsgang im Rahmen der Wiedervereinigung 1990 nicht kompatibel mit den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) war, beschlossen die Bundesländer im Hinblick auf fehlende Anerkennung in ganz Deutschland diesen Bildungsgang auslaufen zu lassen (Anweiler 2007: 891). Auch die Kammern lehnten die Doppelqualifizierung ab. Das Bildungsministerium für Bildung und Wissenschaft und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sahen zudem einen solch doppelqualifizierenden Bildungsgang als nicht durchführbar an (Berger 1995; Borch/Weißmann 1992). Die Regelung wurde daher bei der Reform der Schulsysteme in den neuen Bundesländern abgeschafft.<sup>7</sup>

Im Zuge der steigenden Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften und Debatten zum Lebenslangen Lernen drehte sich die Diskussion in Deutschland in den letzten Jahren nicht um die Einführung eines doppelqualifizierenden Abschlusses als vielmehr um die Anerkennung beruflicher Kompetenzen als Hochschulzugangsberechtigung. Warum ging Deutschland aber nun einen anderen Weg als Österreich und die Schweiz, insbesondere, da Deutschlands Wirtschaft viel stärker durch große Unternehmen dominiert wird als in den beiden Nachbarländern? Die Antwort ist unter anderem in der spezifischen Einbettung des deutschen dualen Systems in den Gesamtbildungskontext zu finden. Anders als in Österreich und der Schweiz geht in Deutschland ein erheblicher Teil von Personen mit Abitur nicht an Universitäten oder Fachhochschulen, sondern nimmt eine Berufsausbildung im dualen System auf. So verfügt ein Fünftel der Auszubildenden bereits über eine Hochschulzugangsberechtigung (BMBF 2009). Anders als in der Schweiz und Österreich beginnt damit ein beträcht-

<sup>7</sup> Einige Bundesländer (z.B. Berlin, Mecklenburg-Vorpommern) versuchen jedoch mit Modellversuchen eine Berufsausbildung mit dem Erwerb des Abiturs zu verbinden.

licher Anteil der Abiturienten eine Lehre, obwohl diese die Möglichkeit hätten, an eine Hochschule zu gehen. Auf der anderen Seite ist der Anteil von Personen ohne jegliche abgeschlossene duale oder vollzeitschulische Ausbildung höher als in Österreich und der Schweiz. Vor allem Schüler und Schülerinnen mit niedrigen Schulabschlüssen betreten in Deutschland ein nachqualifizierendes Maßnahmesystem, das in diesem Umfang auch nicht in der Schweiz (Seibert et al. 2009) oder in Österreich vorzufinden ist.<sup>8</sup> Das deutsche duale Ausbildungssystem ist folglich hoch selektiv. Etwa die Hälfte der Jugendlichen weist zumindest eine mittlere schulische Qualifikation auf. Ein Drittel der Jugendlichen hat lediglich einen Hauptschulabschluss und etwa 4% keinen Hauptschulabschluss (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Die duale Berufsausbildung absorbiert bereits gute bis sehr gut ausgebildete Jugendliche, Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsbildung stehen für Unternehmen somit nicht im Zentrum.

Im Gegensatz zur Schweiz und zu Österreich sehen sich die Unternehmen auch nicht in Konkurrenz zu anderen Bildungswegen im Sekundarbereich II. Der Anteil von Jugendlichen, die sich gegen eine berufliche Ausbildung entscheiden und weiterführende Schulen wählen, stagniert seit den 1990er Jahren (Ebner/Nikolai 2010).

Die von CDU und SPD geführte Bundesregierung beauftragte 2006 den „Innovationskreis berufliche Bildung“, bestehend aus einer Gruppe mit hochrangigen Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Berufsschulen sowie der Bundesländer, die berufliche Erstausbildung näher zu untersuchen und Vorschläge für die künftige Gestaltung des Systems zu unterbreiten. Im Innovationskreis berufliche Bildung und seinen Arbeitsgruppen waren sowohl Vertreter des Bundesverbands der Deutschen Arbeitgeber und des DIHK. Ebenso vertreten war der Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem vor allem kleine und mittelständische Unternehmen angehören. In der Arbeitsgruppe „Durchlässigkeit“ des Innovationskreises wurde seitens der Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht die Einführung eines etwaigen doppelqualifizierenden Abschlusses thematisiert. Vielmehr waren sich die Unternehmensverbände sowohl kleiner wie großer Unternehmen einig, dass die Anrechnung beruflicher Kompetenzen beim Hochschulzugang das geeignete Instrument sei, um Durchlässigkeit zu erhöhen (Interview AG-5, BF-3). Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung wie in Österreich oder der Schweiz mit der Einführung doppelqualifizierender Abschlüsse seien aus Sicht der Unternehmen nicht notwendig, da das duale System für qualifizierte Jugendliche bereits sehr attraktiv sei (Interview AG-5). Zudem gebe es mit dualen Studiengängen bereits die Möglichkeit, eine berufliche Ausbildung mit einem Studium zu verbinden (Interview AG-6).<sup>9</sup> Eine der zehn Leitlinien des Innovationskreises zielt daher zur Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung auf die Anerkennung beruflicher Abschlüsse für den Hochschulbereich (BMBF 2007).

Die KMK hat in Reaktion auf die Empfehlungen des Innovationskreises im März 2009 erstmals einheitliche Kriterien für den Hochschulzugang beruflich qualifizierter

8 Diese Bildungsangebote heißen in Deutschland „Übergangssystem“, in Österreich „Auffangnetz“ oder in der Schweiz „Zwischenlösung“ (BFS 2010a: 116; Specht 2009: 55).

9 Diese Studiengänge setzen jedoch als Einstiegsqualifikation eine Hochschulzugangsberechtigung voraus und stehen demnach nicht für alle Jugendliche offen.

Bewerber vereinbart (KMK 2009). Meister und Inhaber ähnlicher Abschlüsse erhalten nun den allgemeinen Hochschulzugang. Gesellen bekommen einen fachgebundenen Hochschulzugang, wenn sie über drei Jahre Berufserfahrung verfügen und ein Eignungsfeststellungsverfahren der Hochschule durchlaufen.

Zusammenfassend können wir für Deutschland feststellen, dass aus Sicht der Unternehmen eine Einführung doppelqualifizierender Abschlüsse zur Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung nicht notwendig ist. Anders als in Österreich und der Schweiz konkurrieren Unternehmen bei der Lehrstellenbesetzung nicht mit anderen Bildungsgängen. Das duale System ist für qualifizierte Jugendliche bereits sehr attraktiv. Angesichts des zunehmenden Fachkräftebedarfs geht es Unternehmen vor allem um die Anrechnung von beruflichen Kompetenzen bei der Hochschulzulassung. In dieser Frage sind sich Vertreter sowohl kleiner wie auch großer Unternehmen einig.

#### D. Zusammenfassung und Ausblick

Der Beitrag machte deutlich, dass das duale Ausbildungssystem in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf unterschiedliche Art und Weise mit dem Hochschulsystem verknüpft ist. Während Österreich und die Schweiz mit der Einführung doppelqualifizierender Abschlüsse versuchen, die Kluft zwischen Berufs- und Hochschulbildung zu überwinden, wählte Deutschland den Weg über die Anrechnung von beruflichen Kompetenzen beim Hochschulzugang. Wie lässt sich diese unterschiedliche Verknüpfung von dualem System und Hochschulsystem im Drei-Länder-Vergleich erklären?

Sowohl in der Schweiz als auch in Österreich sollte die Einführung von doppelqualifizierenden Abschlüssen die Attraktivität des dualen Systems steigern, denn das duale System konkurrierte zunehmend mit anderen Bildungsgängen um gute bis sehr gute Schüler. Für Österreich ließ sich feststellen, dass die vollzeitschulische Berufsausbildung mittlerweile einen großen Anteil der Jugendlichen versorgt und eine starke Konkurrenz zur betrieblichen Ausbildung aufweist. In Österreich findet sich ein deutlich größerer Anteil von jungen Menschen mit schlechten Schulabschlüssen im dualen System ein, auch deswegen, weil das vollzeitschulische Ausbildungssystem gute Schüler und Schülerinnen absorbiert. Anders als im deutschen Fall gibt es so gut wie keine Personen mit Hochschulzugangsberechtigung, die eine Lehre besuchen. Auch das duale System in der Schweiz ist nicht attraktiv für das oberste Leistungssegment. Der Anteil von Lehrlingen, die zuvor das Gymnasium mit der Matura abgeschlossen hatten, ist äußerst gering. In der Schweiz ist es dagegen weniger die vollzeitschulische Berufsausbildung als die Allgemeinbildung, die in einem ernsten Konkurrenzverhältnis zur dualen Ausbildung steht. Da Maturanden in der Schweiz direkt an die Universität gehen – und nicht wie in Deutschland auch zu einem erheblichen Anteil duale Ausbildungen beginnen – bedeuten steigende Schülerzahlen im Bereich der Allgemeinbildung eine Verknappung des Bewerberangebots für Lehrstellen, gekoppelt mit einer zunehmenden Negativselektion bei dieser Personengruppe. In Österreich und der Schweiz haben sowohl Interessensvertreter kleiner wie großer Unternehmen die Ein-

führung von doppelqualifizierenden Abschlüssen in der dualen Berufsbildung mitgetragen, im österreichischen Falle sogar aktiv eingefordert, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung aufrechtzuerhalten. Eine Spaltung des Unternehmerlagers zwischen Vertretern großer und kleiner Unternehmen lässt sich hier nicht feststellen.

Die Wahl eines alternativen Weges über die Anrechnung von beruflichen Kompetenzen beim Hochschulzugang lässt sich für Deutschland ebenfalls mit der Vorbildung der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung beginnen und dem Verhältnis zu anderen Bildungsgängen im Sekundarbereich II erklären. Mit Blick auf die Vorbildung der Auszubildenden konnten wir feststellen, dass das duale System in Deutschland für gute bis sehr qualifizierte Jugendliche eine attraktive Option ist. Ein beträchtlicher Teil der Lehrlingsanfänger hat bereits ein Gymnasium durchlaufen und eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Im Vergleich zu Österreich und der Schweiz konkurriert das duale System in Deutschland weniger mit anderen Bildungsgängen im Sekundarbereich II um qualifizierte Jugendliche. Eine Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung durch doppelqualifizierende Abschlüsse ist aus Sicht der Unternehmen daher keine Notwendigkeit. Um die Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung zu erhöhen und den Fachkräftebedarf in Zukunft befriedigen zu können, treten Unternehmen für die Anrechnung beruflicher Kompetenzen beim Hochschulzugang ein.

Unsere Analysen für die Schweiz, Österreich und Deutschland haben gezeigt, dass die Interessen der Unternehmensverbände weniger durch Spaltungen zwischen großen und kleinen Unternehmen im Arbeitgeberlager überlagert werden. Vielmehr hängen die Interessen und Präferenzen der Unternehmen und ihrer Verbände von der Einbettung des dualen Systems im Gesamtbildungssystem ab. Die Vorbildung der Auszubildenden und das Verhältnis des dualen Systems zu anderen Bildungsgängen wie der Gymnasialbildung und der vollzeitschulischen Berufsausbildung sind hierbei zentrale Größen.

Die „Varieties of Capitalism-Forschung“ im Allgemeinen wie auch unsere Befunde im Speziellen werfen weitere Fragen auf. Unser Beitrag zeigte, dass Durchlässigkeit zwischen dualem Ausbildungs- und Hochschulsystem vor allem über den Zugang zu den Fachhochschulen geschaffen wird. Zu untersuchen bleibt, welche Arbeitsmarkterträge junge Menschen mit betrieblicher Berufsausbildung und Abschlüssen von Universitäten oder Fachhochschulen erzielen. Gerade der Bereich der akademischen Ausbildungen, der auf dem Arbeitsmarkt immer größere Bedeutung erlangt, ist in der VoC-Literatur noch immer stark unterbelichtet (Graf 2009). Hochschulabsolventen und -absolventinnen mit einem Bachelorabschluss könnten künftig in Konkurrenz zu Absolventen einer dualen Berufsausbildung treten. Es bleibt zu untersuchen, ob es durch die Konkurrenz zwischen dualer Berufsausbildung und Bachelor zu Positionsverschiebungen von Unternehmen in der Berufsbildungspolitik kommt. Zu prüfen bleibt auch, ob die Reformen in Österreich und der Schweiz mittel- bis langfristig zur gewünschten Stabilisierung und Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsbildung führen. Für alle drei Länder ist offen, inwieweit doppelqualifizierende Abschlüsse wie in der Schweiz und Österreich oder wie im Falle Deutschlands die Anrechnungen von beruflichen Kompetenzen für den Hochschulzugang tatsächlich zu einer höheren Durchlässigkeit

zwischen Berufs- und Hochschulbildung beitragen können. Nicht untersucht haben wir, inwieweit Reformen zur Steigerung der Durchlässigkeit auch nichtintendierte Folgen, konkret etwaige Verdrängungseffekte haben. So ist für Österreich und die Schweiz vorstellbar, dass ähnlich wie in Deutschland, der Zugang zum dualen System für schlechter ausgebildete Jugendliche schwieriger wird, wenn das duale System attraktiver für gute bis sehr qualifizierte Jugendliche wird. Wir regen an, auch für die zukünftige Forschung im Bereich der Varieties of Capitalism das Bildungssystem als Ganzes stärker in den Blick zu nehmen.

## Literatur

- Anweiler, Oskar, 2007: Bildungspolitik. in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Baden-Baden, 862-900.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010: Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld.
- Baethge, Martin, 2006: Das deutsche Bildungs-Schisma: Welche Probleme ein vorindustrielles Bildungssystem in einer nachindustriellen Gesellschaft hat, SOFI-Mitteilungen Nr. 34. Göttingen.
- Baethge, Martin, 2010: Neue soziale Segmentationsmuster in der beruflichen Bildung. in: Krüger, Heinz-Hermann/Rabe-Kleberg, Ursula/Kramer, Rolf-Torsten/ Budde, Jürgen (Hrsg.), Bildungsungleichheit revisited. Wiesbaden, 275–298.
- BBT, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, 2010: Berufsbildung in der Schweiz 2010. Fakten und Zahlen. Basel.
- Berger, Klaus, 1995: Strukturmerkmale der betrieblichen Ausbildung in Ostdeutschland. in: Degen, Ulrich/Walden, Günter/Berger, Klaus (Hrsg.), Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Daten, Analysen, Perspektiven. Bielefeld, 29–40.
- BFS, Bundesamt für Statistik, 2004: Fakten und Trends zu einer Erfolgsgeschichte. 10 Jahre Berufsmaturität 1994 – 2004. Bern.
- BFS, Bundesamt für Statistik, 2010 a: Gymnasiale Maturitätsquote nach Geschlecht und Kanton 1980 – 2009. Bern.
- BFS, Bundesamt für Statistik, 2010 b: Schülerinnen, Schüler und Studierende 2008/09. Bern.
- BFS, Bundesamt für Statistik, 2010 c: Statistik der Berufsmaturitätsabschlüsse 2009. Bern.
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2007: 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung. in: [http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10\\_Leitlinien.pdf](http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf) (5. Juli 2010)
- Borch, Hans/Weißmann, Hans, 1992: Umstellung der Ausbildungsvorschriften der DDR. in: Seyfried, Brigitte/Wordelmann, Peter (Hrsg.), Neue Länder – neue Berufsausbildung? Berichte zur beruflichen Bildung Heft 3. Berlin.
- Borkowsky, Anna/Gonon, Philipp, 1998: Switzerland. in: Oecd (Hrsg.), Pathways and Participation in Vocational and Technical Education and Training. Paris, 335–374.
- Busemeyer, Marius R., 2009 a: Asset specificity, institutional complementarities and the variety of skill regimes in coordinated market economies, in: Socio-Economic Review 7, 375–406.
- Busemeyer, Marius R., 2009 b: Wandel trotz Reformstau. Die Politik der beruflichen Bildung seit 1970. Frankfurt/New York.
- Culpepper, Pepper, 2007: Small States and Skill Specificity: Austria, Switzerland and Interemployer Cleavages in Coordinated Capitalism, in: Comparative Political Studies 40, 611–637.

- Culpepper, Pepper D./Thelen, Kathleen, 2008: Institutions and Collective Actors in the Provision of Training. in: Mayer, Karl Ulrich/Solga, Heike (Hrsg.), *Skill Formation. Interdisciplinary and Cross-National Perspectives*. Cambridge, 21-49.
- Davatz-Höchner, Christine/Ochsenbein, Heinz 2008: Bilanz zu 75 Jahren eidgenössischer Berufsbildung. Die Perspektive des Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV. in: Bauder, Tibor/Osterwalder, Fritz (Hrsg.), *75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz. Politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven*. Bern, 259-285.
- Dorninger, Christian/ Lauterbach, Uwe/Neubert, Reinhold, 2007: Österreich. in: Lauterbach, Uwe/Spöttl, Georg/Clement, Ute/Faßhauer, Uwe/Frommberger, Dietmar/Grollmann, Philipp/Von Kopp, Botho/Rauner, Felix (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Berufsbildung*. Bielefeld,
- Dornmayr, Helmut/Wieser, Regine, 2010: Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich. Wien.
- Ebner, Christian/Nikolai, Rita, 2010: Duale oder schulische Berufsausbildung? Entwicklungen und Weichenstellungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 16, 617-648.
- Ebner, Christian/ Graf, Lukas/Nikolai, Rita, i.E.: New Institutional Linkages between Dual Vocational Training and Higher Education – A Comparative Analysis of Germany, Austria and Switzerland. in: Windzio, Michael (Hrsg.), *Integration and Inequality in Educational Institutions*. New York,
- EFI, Expertenkommission Forschung und Innovation, 2009: Report 2009. Berlin. EFI.
- Esping-Andersen, Gosta, 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford.
- Estévez-Abe, Margarita/ Iversen, Torben/Soskice, David, 2001: Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State. in: Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.), *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, 145-183.
- Geser, Hans, 1999: Hat das duale Ausbildungssystem eine Zukunft? Die ambivalente Einstellung der Schweizer Unternehmen zu aktuellen Berufsbildungsreformen. *Sociology in Switzerland. Wandel der Arbeitswelt*. Online Publikationen.
- Geser, Hans, 2001: Die Einstellung der Schweizer Unternehmen zu Reformen der Berufsbildung, in: *Die Volkswirtschaft* 74, 10-15.
- Gonon, Philipp, 1994: Die Einführung der "Berufsmatura" in der Schweiz als Prüfstein einer Neuorientierung von Allgemeinbildung und Berufsbildung, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 40, 389-404.
- Gonon, Philipp, 2001: Neue Reformbestrebungen im beruflichen Bildungswesen in der Schweiz. in: Deißinger, Thomas (Hrsg.), *Berufliche Bildung zwischen nationaler Tradition und globaler Entwicklungen*. Baden-Baden, 63-77.
- Graf, Lukas, 2009: Applying the Varieties of Capitalism Approach to Higher Education: comparing the internationalisation of German and British universities, in: *European Journal of Education* 44, 569-585.
- Greinert, Wolf-Dietrich, 1999: *Berufsqualifizierung und dritte Industrielle Revolution: Eine historisch vergleichende Studie zur Entwicklung der klassischen Ausbildungssysteme*. Baden-Baden.
- Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.), 2001: *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford.
- Hupka-Brunner, Sandra/ Sacchi, Stefan/Stalder, Barbara E., 2010: Social origin and access to upper secondary education in Switzerland: A Comparison of Company-Based Apprenticeship and Exclusively School-Based Programmes, in: *Swiss Journal of Sociology* 36, 11-31.
- Iversen, Torben/Wren, Anne 1998: Equality, Employment, and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy, in: *World Politics* 50, 507-546.
- Jakobi, Anja P./Rusconi, Alessandra, 2009: Lifelong learning in the Bologna process: European developments in higher education, in: *Compare* 39, 51-65.
- Kiener, Urs/Gonon, Philipp, 1998: *Die Berufsmatur. Ein Fallbeispiel schweizerischer Berufsbildungspolitik*. Chur/Zürich.

- Klimmer, Susanne, 2008: Die österreichische Berufsreifeprüfung – ein Instrument der Durchlässigkeit von der Lehre zur Hochschule. in: Loebe, Herbert/Severing, Eckart (Hrsg.), *Berufsausbildung im Umbruch*. Bielefeld, 119–127.
- Klimmer, Susanne/Schlögl, Peter, 2009: *Berufsreifeprüfung. Aktualisierung von Vorbereitungsangeboten, TeilnehmerInnen- und AbsolventInnenzahlen*. Wien
- KMK, Kultusministerkonferenz, 2009: Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6.3.2009 [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2009/2009\\_03\\_06-Hochschulzugang-erfolqualifizierte-Bewerber.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erfolqualifizierte-Bewerber.pdf) (31. Juli 2010)
- Lassnigg, Lorenz, 2004: To match or mismatch? The Austrian VET system on struggle with diverse and changing demand. <http://www.bwpat.de/7eu/> (19. Januar 2010)
- Martin-Jahncke, Margret, 1998: *Evaluation der technischen und der kaufmännischen Berufsmaturität. Schlussbericht zum Modul Betriebe*. Basel.
- Mühlemann, Samuel/Wolter, Stefan C., 2007: Regional Effects on Employer Provided Training: Evidence from Apprenticeship Training in Switzerland, in: *Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung* 40, 135–147.
- Müller, Barbara/Schweri, Jürg, 2006: *Die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft. Eine Längsschnittuntersuchung zur dualen Berufsbildung in der Schweiz*. Zollikofen.
- Müller, Walter, 1998: Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion. in: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, M. Rainer/ Mayer, Karl U. (Hrsg.), *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 38. 81–112.
- Nath, Axel, 2003: Bildungswachstum und äußere Schulreform im 19. und 20. Jahrhundert. Individualisierung der Bildungsentscheidung und Integration der Schulstruktur, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 49, 8–25.
- Nikolai, Rita/Ebner, Christian, 2012: The Permeability between Vocational Training and Higher Education in Austria, Germany and Switzerland. in: Busemeyer, Marius R./Trampusch, Christine (Hrsg.), *The Comparative Political Economy of Collective Skill Formation Systems*. Oxford, 234–258.
- OECD, Organisation for Economic Cooperation and Development, 2010: *Education at a Glance 2010*. Paris.
- Powell, Justin J.W./Solga, Heike, 2010: Analyzing the nexus of higher education and vocational training in Europe: a comparative-institutional framework, in: *Studies in Higher Education* 35, 705–721.
- Schneeberger, Arthur, 2007: *Nebeneinander von Lehre und Vollzeitschule in der österreichischen Berufsbildung – Was steckt dahinter?*. [http://www.bwpat.de/ATspezial/schneeberger\\_atspezial.pdf](http://www.bwpat.de/ATspezial/schneeberger_atspezial.pdf) (27. Januar 2010)
- Seibert, Holger/ Hupka-Brunner, Sandra/Imdorf, Christian 2009: *Wie Ausbildungssysteme Chancen verteilen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 61, 595–620.
- SGV, Schweizerischer Arbeitgeberverband, 1994: *Jahresbericht des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen*. Zürich.
- SKBF, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, 2010: *Bildungsbericht Schweiz 2010*. Aarau.
- Specht, Werner, 2009: *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009. Band 2 Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen*. Graz.
- Statistik Austria, 2010 a: *Vorbildung der Schülerinnen und Schüler der 9. Schulstufe im Schuljahr 2008/09*. Wien.
- Statistik Austria, 2010 b: *Bildung in Zahlen. Tabellenband 2008/09*. Wien.
- StBa, Statistisches Bundesamt, 2010: *Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Schuljahr 2008/09*. Wiesbaden.
- Steiner, M./Lassnigg, Lorenz, 2000: Schnittstellenproblematik in der Sekundarstufe, in: *Erziehung und Unterricht. Österreichische pädagogische Zeitschrift* 9, 1063–1070.

- Streeck, Wolfgang, 1991: On the Institutional Conditions of Diversified Quality Production. in: Matzner, Egon/Streeck, Wolfgang (Hrsg.), *Beyond Keynesianism. The Socio-Economics of Production and Employment*. London, 21–61.
- Thelen, Kathleen., 2004: *How Institutions Evolve: The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States and Japan*. New York.
- Trampusch, Christine, 2009: Europeanization and Institutional Change in Vocational Education and Training in Austria and Germany, in: *Governance* 22, 369–395.
- Trampusch, Christine, 2010 a: The Politics of Institutional Change. Transformative and Self-Preserving Change in the Vocational Education and Training System in Switzerland, in: *Comparative Politics* 42, 187–206.
- Trampusch, Christine, 2010 b: Employers, the State, and the Politics of Institutional Change: Vocational Education and Training in Austria, Germany, and Switzerland, in: *European Journal of Political Research* 49, 545–573.